»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«
– Karl Marx



WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 5 08. Oktober Semesteranfang

Willkommen an der Universität der Krise



Ständig wird uns gesagt, die Krise sei woanders: in Griechenland, in Spanien – aber doch nicht hier in Deutschland!? Falsch! Sie ist längst hier angekommen, und nicht zuletzt auch an der Uni: Schon vor dem Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise, als die deutschen Unis mit der Bologna-Reform für den europäischen „Bildungsmarkt" „fit gemacht" wurden, erfuhren wir Studierenden die Folgen einer Kürzungspolitik bei Bildungs- und Sozialausgaben am eigenen Leib. In der Krise werden die Probleme, über die die Studierendenbewegung seit Jahren klagt, in immer schärferer Art und Weise deutlich.

Denn zu überfüllten Hörsälen, sozialer Selektion und immer weiter steigendem Leistungsdruck gesellen sich mit der Krise verschärfte Arbeits- und Lebensbedingungen: steil ansteigende Mietpreise, Wohnungsmangel, prekäre Jobs – Nebenjobs, Minijobs, unbezahlte Praktika – all das sind die Merkmale eines Studierendenlebens in Krisenzeiten.

Und nicht nur die eines Studierendenlebens: Immer breitere Schichten der Bevölkerung sehen sich mit unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert, von denen insbesondere Jugendliche, Frauen und Migrant*innen betroffen sind. In Südeuropa können wir sehen, wohin die Reise geht: In Griechenland und im Spanischen Staat sind über 50% der Unter-26-Jährigen arbeitslos und ein großer Teil der Unter-35-Jährigen lebt noch bei den Eltern, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können. In Deutschland ist die Situation noch nicht ganz so dramatisch, aber prekäre Beschäftigungsverhältnisse breiten sich in vielen Bereichen der Gesellschaft aus: im Gesundheits- und Pflegebereich, im Dienstleistungs- und Einzelhandelssektor – und nicht zuletzt auch in der Universität selbst: Prekäre Beschäftigung von Lehrbeauftragten, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und studentischen Hilfskräften ist längst die Norm.

Die Ursachen dieser Arbeits-, Lebens- und Lernbedingungen liegen im System: Die Universität ist Teil der kapitalistischen Gesellschaft, mit dem Auftrag der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Der schon sonst große Druck wird in der Wirtschaftskrise unerträglich, denn er kombiniert sich mit steigenden Lebenshaltungskosten und niedrigeren Einkommen, die es immer schwieriger machen, Studium und Arbeit miteinander zu vereinen, besonders für Studierende mit Kindern. Gleichzeitig sind breite Sektoren der Gesellschaft von dieser Entwicklung betroffen, und nur gemeinsam ist Widerstand möglich.

Wir halten es für notwendig, als Studierende gemeinsam mit den inner- und außerhalb des Bildungssystems Beschäftigten gegen die wachsende Prekarisierung und für eine Uni im Interesse der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung zu kämpfen.

Die wichtigen aktuellen Teilkämpfe der Studierendenbewegung – wie gegen die repressive „Rahmenstudien- und Prüfungsordnung" an der FU Berlin oder gegen die Schließung der juristischen Fakultät der Uni Potsdam – können nur dann eine Perspektive haben, wenn sie verbunden werden mit den Kämpfen gegen Prekarisierung und das Abladen der Krisenkosten auf die Arbeiter*innenklasse und die Jugend inner- und außerhalb der Universität selbst.

Denn die Machtverhältnisse in der Universität sind nur ein Ausdruck der Machtverhältnisse in der gesamten Gesellschaft. Eine Universität, die nicht im Dienst der Profitinteressen einer kleinen Minderheit steht, sondern im Dienste derjenigen, die dort studieren und arbeiten, kann nur als Teil eines Kampfes für die Enteignung der Produktionsmittel und ihre demokratische Kontrolle durch die Produzent*innen und Konsument*innen selbst geschaffen werden.

In dieser Perspektive wollen wir eine marxistische Strömung an der Universität etablieren, die die Einheit mit der Arbeiter*innenklasse sucht. Wenn dich das interessiert, diskutier' mit uns und mach mit bei *Waffen der Kritik*!

WAFFENDERKRITIK
Wer wir sind:

Bist du gegen das kapitalistische Bildungssystem, genauso wie gegen das kapitalistische System insgesamt? Dann solltest du dir *Waffen der Kritik* genauer ansehen: Wir wollen eine revolutionäre Strömung an den Universitäten aufbauen, die für die Solidarität von Studierenden und Arbeiter*innen und für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus eintritt. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit marxistischer Theorie und den klassischen Strategien der Arbeiter*innenbewegung auseinander, ebenso wie mit den neuesten politischen Entwicklungen. Natürlich intervenieren wir auch in die aktuellen Kämpfe, die gerade an den Unis stattfinden, wie zuletzt die Proteste gegen die neue „Rahmen-Studien- und Prüfungsordnung" an der Freien Universität Berlin oder gegen die Schließung der Juristischen Fakultät und des Informatik-Bachelors in Potsdam. Neben der FU und der Uni Potsdam erscheint WdK nun auch an der LMU in München. Herausgegeben wird es von unabhängigen Studierenden in Zusammenarbeit mit Aktivist*innen von RIO (Revolutionäre Internationalistische Organisation).

Die Debatte darüber, wie eine revolutionäre, marxistische Strömung an den Unis aussehen kann und wie wir weitere Schritte in diese Richtung gehen können, wollen wir mit allen Interessierten gemeinsam führen. Um mitzudiskutieren, kannst du zu unseren Treffen kommen, auf denen wir auch zusammen über alle Artikel und Aktionen von WdK entscheiden.

Erste Treffen im neuen Semester:

FU Berlin: **18.10.** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube)

Uni Potsdam: **24.10.** um **16 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang von Haus 6

Herausgegeben von RIO und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ABC des Marxismus

F wie Frauenunterdrückung

Seit Jahrhunderten kämpfen Frauen aller Länder für die Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Tatsächlich finden sich heute Frauen teils in zentralen Positionen in Politik und Wirtschaft wieder. Die große Mehrheit der Frauen ist jedoch vor allem von Jobunsicherheit und Niedriglöhnen betroffen und muss nebenbei noch die Kinder erziehen. So sind sie in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen. Der Kapitalismus verstärkt eben diese Entwicklung, da es zweifellos profitabler für die Kapitalist*innen ist, wenn die Frauen Erziehung und Hausarbeit individuell erledigen, anstatt diese Aufgabe zu kollektivieren. Nur wenige können sich von diesem Schicksal auf Kosten anderer Frauen „freikaufen", wodurch die soziale Spaltung, in die Sexismus eingebettet ist, deutlich wird.

Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung von Kindererziehung und Hausarbeit und gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer. Denn auch im vermeintlich aufgeklärten Deutschland müssen sich immer noch überproportional viele Frauen primär um die Erziehung der Kinder kümmern, da der Mann einen besser bezahlten Job hat. Das aktuell viel diskutierte Betreuungsgeld zeigt, wie weit wir noch von einer endgültigen Gleichberechtigung beider Geschlechter entfernt sind. Vor allem in konservativen Kreisen ist das traditionelle Frauenbild noch sehr tief verankert, aber auch in linken Gruppierungen und Gewerkschaften sind sexistische Verhaltensweisen verbreitet und überwiegend Männer in Führungspositionen anzutreffen. Dabei geht es aber eben nicht um den Kampf zwischen Männern und Frauen, ganz im Gegenteil, es geht darum, der Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung entgegenzutreten und letztlich den Kapitalismus zu überwinden. Dazu müssen auch Frauen das Recht haben eigene Strukturen innerhalb dieser Bewegung zu gründen. Denn Gleichberechtigung wird ihnen freiwillig nicht zukommen. Sie muss innerhalb einer revolutionären Bewegung erkämpft werden.



Heißer Herbst in Südeuropa?

In Südeuropa brodelt es: Hunderttausende Menschen läuteten den Herbst mit großen Demonstrationen gegen die Auswirkungen der EU-Krisenpolitik ein.

In Griechenland legte am 26. September der erste Generalstreik seit den Wahlen im Juni das Land völlig lahm, um gegen das neue Sparpaket von 12 Mrd. € zu protestieren. Letzte Woche stürmten knapp 500 Werftarbeiter*innen das Verteidigungsministerium in Athen, weil sie seit sechs Monaten nicht bezahlt wurden.

In Madrid gingen Ende September ebenfalls zehntausende, überwiegend junge Menschen auf die Straße, um gegen die Sparpolitik Rajoys zu protestieren, und forderten trotz der harten Repression durch die paramilitärische Spezialpolizei eine verfassungsgebende Versammlung. In Barcelona fanden die größten Mobilisierungen seit der Diktatur statt, um für die katalanische Unabhängigkeit zu demonstrieren.

In Portugal erreichten die Protestierenden mit Massenmobilisierungen die Rücknahme der Umschichtungen in der Sozialversicherung, die eine direkte Umverteilung der Löhne zugunsten der Kapitalist*innen bedeutet hätten – die europaweit erste Rücknahme einer Sparmaßnahme durch Proteste auf der Straße seit Beginn der Krise.

Sogar in Frankreich protestierten 80.000 Menschen gegen den Fiskalpakt.

All dies sind Anzeichen für einen heißen Herbst, der möglicherweise einen Wendepunkt in der Situation der brutalen Angriffe gegen die Massen in Europa der letzten Jahre bedeuten könnte. Lasst uns hier in Deutschland die bisher allzu lauen Lüftchen des Protestes ebenfalls anfachen!

WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet:
An der **FU Berlin** am **18.10.** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).
An der **Uni Potsdam** am **24.10.** um **16 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.
Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ **waffenderkritik@riseup.net**

SlutWalk 2012: Wie weiter?

„Sie hat sich nicht genug gewehrt", so urteilten Richterin und Staatsanwältin kürzlich gegenüber einer jungen Frau, die ihren Vergewaltiger vor die bürgerliche Justiz gebracht hatte.

Solche Verharmlosungen sexualisierter Gewalt sind so häufig, dass sie nur in seltenen Fällen als solche erkannt werden. Wohl bekanntestes Beispiel: „Sie sollten sich eben nicht wie Schlampen anziehen." Gegen solche Verharmlosungen sexualisierter Gewalt entstand 2011 die Protestbewegung „SlutWalk". Weltweit gingen zehntausende Frauen mit Parolen auf die Straße, wie: „Vergewaltigung gibt es nicht erst, seit es Miniröcke gibt."

So auch am 15. September in Berlin. Wurden dort letztes Jahr noch 3.500 Menschen mobilisiert, waren es dieses Mal nur noch 1.000. Dabei hat das Thema selbst nichts an Brisanz verloren. Jedoch stößt der SlutWalk an die Grenzen seiner bisherigen politischen Perspektive. Während der Demo wurde politischen Organisationen verboten, ihre Fahnen zu entrollen. Dieses undemokratische Vorgehen schränkt die Diskussion über emanzipative Perspektiven ein und schadet somit dem Anliegen des SlutWalks selbst. Weiter gehende politische Themen, wie rassistische Inhalte des bürgerlichen Feminismus in dem bei den Kundgebungen erwähnten Film „Femme de la Rue", wurden nicht angesprochen, als ob Frauenunterdrückung unabhängig von anderen Formen der Unterdrückung existiere.

Auch hätte die Weltwirtschaftskrise benannt werden müssen. Die Prekarisierung trifft vor allen anderen die Frauen der lohnabhängingen Bevölkerung. Die Ungleichheit im Einkommen bedingt die Ungleichheit in der Familie. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Frauenunterdrückung bewies sich erst kürzlich und mit Nachdruck für 25.000 Schlecker-Arbeiterinnen.

Ohne eine Perspektive der Überwindung des Kapitalismus kann Frauenunterdrückung nicht wirksam bekämpft werden. Lasst uns darüber diskutieren, wie diese beiden Ziele vereinigt werden können.

Aus der Reihe:
Linker Feminismus und Genderpolitik

Herausgegeben von RIO und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM